

# 1984 ist doch schon lange her

Die Esten treiben die Digitalisierung voran. Über die Gefahren können sie nur lachen. Einem Computer könne man schließlich mehr vertrauen als einem Menschen.

Von Livia Gerster

**D**TALLINN, im September  
Deutschland wäre vielleicht sein Lieblingsland, wenn es nur nicht so fortschrittsfeindlich wäre. Der Este Karel Kotkas ist gern in Berlin; es gibt dort Clubs, Restaurants und Museen, die Tallinn nicht bieten kann. Trotzdem ist das Leben in Deutschland einfach umständlich. Als er vor ein paar Wochen in Berlin war, merkte er, dass er seine Allergietabletten vergessen hatte, und was in Estland nur einen Klick und den Gang zur Apotheke erfordert hätte, nahm in Berlin den ganzen Vormittag in Anspruch: per Telefon einen Termin beim HNO-Arzt ausmachen, im Taxi zum Arzt fahren, den Fahrer mit den passenden Scheinen – einen 50-Euro-Schein kann der so früh am Morgen nicht wechseln – bezahlen und schließlich im Wartezimmer zwischen Illustrierten auf das Rezept aus Papier warten.

Deshalb findet Kotkas es gar nicht schlecht, dass Estland im Juli die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernommen hat und den Europäern Digitales auf die Agenda setzt. Am Donnerstag haben die Verteidigungsminister der EU-Staaten in Tallinn eine gemeinsame Übung zur Abwehr eines Cyberangriffs absolviert. Ende September wird es einen EU-Digitalpakt geben. Von den Esten, die so digital sind wie keine andere Nation, könnten die Europäer einiges lernen, meint Kotkas. Die Esten wählen ihre Regierung online, lassen sich online Parkscheine ausstellen, gründen Unternehmen online. Die Verwaltung kommt praktisch ohne Papier aus und spart ihren Bürgern damit nicht nur Zeit und Nerven, sondern dem Staat auch zwei Prozent des Haushalts ein.

Die deutsche Umständlichkeit bei allem, was automatisierte Vorgänge angeht, ist Karel Kotkas dagegen schon damals vor fünf Jahren, aufgefallen, als er ein Jahr lang in Schleswig auf ein deutsches Gymnasium ging. Seine Gastmutter überreichte ihm zu Beginn feierlich eine EC-Karte der Sparkasse, und als er schon danach greifen wollte, hielt sie sie noch ein bisschen länger fest und sagte gravitätisch: „Die ist nur für besondere, größere Ausgaben gedacht. Sonst verlierst du die Kontrolle über dein Geld.“ Bei Karel, noch keine achtzehn Jahre alt, hinterließ der Ernst ihrer Stimme Eindruck, obwohl er in Estland seine Bleistifte immer mit der Kreditkarte bezahlte. Ein paar Wochen später stellte er fest, dass auch Überweisungen online nicht möglich waren und er mit dem Überweisungsschein in die Sparkassenfiliale musste. Karel fügte sich in dieses bürokratische Schicksal, aber nur unter der Prämisse, dass das jetzt zum Kulturaustausch, dem Verstehen der deutschen Seele, gehöre.

Doch so ganz versteht er sie bis heute nicht. Schon damals redeten seine deutschen Gasteltern ständig über Datenschutz, hatten ihn aber, bevor er überhaupt in Schleswig angekommen war, schon auf Facebook kontaktiert. „Wieso wollen die Deutschen dem Staat nicht

ihre Daten überlassen, aber geben sie bereitwillig an Konzerne wie Google oder Facebook?“, fragt er. Sobald die technischen Möglichkeiten da sind, würden sie ohnehin genutzt, meint Kotkas. Die Frage sei nur, ob man diese Möglichkeiten den Kriminellen überlassen wolle oder nicht lieber der Regierung und transparenten Unternehmen.

Es ist diese Frage, mit der sich Karel Kotkas schon länger beschäftigt – was ihn auch für die estnische Regierung interessant machte. Es fing alles damit an, dass sich Kotkas mit 16 Jahren einen gefälschten Personalausweis im Internet bestellt hatte, der nicht nur täuschend echt aussah, sondern auch tatsächlich sämtliche Tresenkellner täuschte. Wer einen Ausweis fälsche, könne auch eine Kreditkarte fälschen, dachte Kotkas. „Kann man so noch nachts schlafen?“

Deshalb hat er vor zwei Jahren, erst zwanzigjährig, das Unternehmen Veriff gegründet. Seine Kunden, darunter Banken, Online-Händler und das Taxiunternehmen Uber, können mit seiner Hilfe die Identität der Menschen überprüfen, mit denen sie es online zu tun haben. Will ein Bankkunde online ein Konto eröffnen, stellt Kotkas sicher, dass hier kein Betrüger am Werk ist, indem er dessen Daten in Echtzeit – per Scannen des Personalausweises in einem Videogespräch – aufnimmt, Gesicht und Fotos mit Hilfe eines Algorithmus vergleicht, die Geschwindigkeit des Browsers misst und je nach Fall auch in einem Gespräch die Authentizität der Antworten einschätzt. Die estnische Regierung unterstützt den Veriff, den „Verifizierungsheriff“, und stellt ihm ihre Einwohnerregister zum Abgleich der Daten zur Verfügung.

Als Kotkas seiner deutschen Gastfamilie aus Schleswig kürzlich per Skype – auch das übrigens eine estnische Erfindung – von seinem Start-up erzählte, schauten diese entsetzt in die Kamera. Warum er denn nicht erst einmal fertig studiere, fragten sie, bevor er sich solch „zweifelhaften Geschäften“ widme. „Da ist immer diese Skepsis“, sagt Kotkas amüsiert. Estland sei viel offener; dazu gehöre auch, dass junge Leute wie er schon während des Studiums ein Unternehmen gründen könnten, ohne dass jemand sie schief anschau. Aber offen heißt nicht naiv: Dafür, dass auch die Sicherheit der Daten großgeschrieben werde, stehe er ja selbst mit seinem Unternehmen. Doch obwohl Kotkas die Sicherheit digitaler Prozesse am Herzen liegt, ist ihm der Gedanke, dass die Regierung selbst einmal ihre Datenmacht ausnutzen könne, völlig fremd. „Wenn die Regierung diese Daten gegen einen Bürger verwenden will, wird sie schon ihren Grund haben“, sagt er.

Orwells „1984“ hat er, der erst 1994 geboren ist, in der Schule gelesen. Doch die Dystopie kommt ihm überholt vor. „Heute gibt es noch viel mehr Möglichkeiten“, ist er überzeugt. „Aber man sollte sich nicht dauernd Sorgen darüber machen, dass diese gegen einen verwendet werden.“ Er findet es nicht gruselig, sondern sehr praktisch, dass ihm sein Personalausweis mit eingebautem Chip auch in der virtuellen Welt als Identitätsnachweis dient; für die Parlamentswahl am Computer, für das Finanzamt oder die Bank. Der Ausweis wird zur Krankenkassenkarte, zum Führerschein, zum Bibliotheksausweis oder zur Fahrkarte. Der Bürger muss seine Daten nur ein einziges Mal dem Staat übermitteln und wird dann nie wieder mit dem Ausfüllen irgendwelcher Formulare behelligt. Denn die jeweiligen Behörden und privaten Institutionen können auf die verschiedenen digitalisierten Informationen zugreifen, sie austauschen und übertragen. So kann sich Kotkas vom

ben einen Deal geschlossen“, prahlte Trump ungerührt, „und ich glaube, dieser Deal wird sehr gut.“

Das hofft Schumer auch. Vor der Presse rühmte der Demokrat den Präsidenten für dessen Überparteilichkeit in Zeiten der Not. Doch in erster Linie ging es ihm nicht um die Flutopfer, sondern um seine Verhandlungsposition für eine ganze Palette von Themen. Da Trump nun schon kurz vor Weihnachten für eine Erhöhung der Schuldengrenze Stimmen von Demokraten braucht, können diese Bedingungen stellen. Dazu dürfte eine Amnestie

für die rund 800 000 „Dreamer“ unter den illegalen Einwanderern genauso gehören wie die finanzielle Stabilisierung von „Obamacare“, das Trump eigentlich „implosionieren“ lassen wollte. Der Präsident wiederum wird auf seiner Grenzmauer beharren, die auch unter Republikanern auf wenig Begeisterung stößt. In dieser Gemengelage dürfte sich McConnell und Ryan noch schwerer tun, alle republikanischen Vorstellungen einer Steuerreform unter einen Hut zu kriegen. In den kühnen Träumen der Linken würde das erste Jahr des republikanischen Triumvirats



„Digitale Heimat für Gründer“: Das Viertel Telliskivi der estnischen Hauptstadt Tallinn zieht viele Jungunternehmer an. Foto Mauritus

Sofa aus in einer Stadt anmelden oder einen neuen Ausweis beantragen und der Arzt das Rezept direkt an die Apotheke senden. Das Einzige, was die Esten weiterhin analog tun, so erzählen sie es selbst stolz, ist heiraten, sich scheiden lassen und Häuser verkaufen.

**D**och dieser digitale Personalausweis hat offenbar, was Wissenschaftler herausgefunden haben, eine Sicherheitslücke. In diese Lücke könnten Hacker eindringen und so an die Daten von 750 000 Menschen gelangen, wie die Regierung nun bestätigt hat. Doch beeindruckt zeigt sie sich davon nicht. „Die Karte kann genau so wie zuvor benutzt werden“, heißt es aus Tallinn. Das Risiko sei „theoretisch“, sagt der Leiter des staatlichen Amtes für Informationsdienste, Taimar Peterkop.

Auch der estnische Außenminister Sven Mikser findet: „Wenn man denkt, dass die Regierung einen ausspioniert, ist man natürlich besser beraten, alles auszudrücken und unter die Matratze zu legen.“ Angesichts dieser Vorstellung muss er ziemlich lachen. Dennoch, und Mikser wird wieder ganz sachlich, arbeitet man natürlich daran, alles noch sicherer zu machen und sich vor allem gegen Cyberangriffe fremder Staaten zu wappnen, so wie es die EU-Verteidigungsminister derzeit zusammen üben.

Wer diese Staaten sind, von denen Gefahr ausgeht, daran lässt Peterkop keinen Zweifel: „In Russland gibt es eine lange Tradition der Kooperation zwischen dem Geheimdienst und der organisierten Kriminalität“, sagt er – Spionage, Informationskrieg und Angriffe auf die Informationsinfrastruktur, etwa das nationale Stromnetzwerk, all das seien Dinge, die man von Russland kenne.

Woher kommt diese flächendeckende Begeisterung für das Digitale? „Einem Beamten gegenüberzusitzen war für uns Esten schon immer eine Zumutung. Wir sind halt ein bisschen reserviert“, sagt Tankler. Und natürlich habe es eine Menge mit der Größe des Landes zu tun: Mit gerade einmal 1,3 Millionen Esten ließen sich neue Ideen leichter umsetzen. Für wenige Leute lohne es sich auch weniger, eine riesige Verwaltung aufzubauen mit unzähligen Beamten, die Formulare ausfüllen, stempeln, hinter Glasscheiben sitzen. Und schließlich hätten die Esten ein gewisses Talent zur Selbstvermarktung: Ein kleines Land brauche eine Nische – und die habe man mit der Digitalisierung gefunden. Doch die Esten sind nicht nur bequem, finden all das nicht nur praktischer und effizienter, nein, sie sind auch davon überzeugt, dass digital besser und sicherer ist als analog. „Einen Computer kannst du nicht erpressen“, sagt Tankler, „einen Beamten schon.“

Und während Beamte, die einem Böses wollen, ohne Spuren zu hinterlassen Papierakten einsehen könnten, ginge das in Estland nicht: „Sie können jederzeit kontrollieren, wer Ihre Daten eingesehen hat“, sagt Anna Pihpal, die Direktorin des „e-Estonia showroom“, den die Regierung eingerichtet hat, um die Fragen ihrer Bürger zu beantworten. „Und Sie können dagegen klagen.“ Erst kürzlich sei ein Polizist gefeuert worden, der seine Freundin ausspionieren wollte. Pihpal sagt, ihr System sei hundertprozentig unhackbar. Der Außenminister hält die Vorstellung, dass der Staat seine Bürger ausspioniere, für lächhaft und der Sicherheitsexperte Taimar Peterkop die estnischen Bürger für vertrauenswürdig. Und Kotkas, der junge Unternehmer, vertraut wiederum seinem Staat so sehr, dass er denkt, dieser werde schon Gründe haben, wenn er mal neugierig werde. Woher

kommt dieses Vertrauen in einem Land, das vier Jahrzehnte lang unter Sowjetherrschaft stand und also selbst erfahren hat, wie es ist, wenn der Staat die Bürger bespitzelt? „Es war ja nicht unser eigener Staat, sondern die Ausdehnung des Russischen Reiches“, sagt der Estland-Historiker und Professor für baltische Politik an der Universität Tartu, Andres Kasekamp. Anders als etwa in der DDR sei das kommunistische Regime in Estland immer als Fremdherrschaft verstanden worden. Und sobald diese 1991 abgeschüttelt wurde, habe ein allgemeiner Optimismus das Land erfasst. Die richtigen Politiker hätten zur richtigen Zeit die Weichen für den technischen Fortschritt gelegt. „Wir sind ein kleines Land, und die Leute vertrauen den Institutionen“, sagt Kasekamp.

Auch der deutsche Historiker Karsten Brüggemann, der osteuropäische Geschichte an der Universität Tallinn lehrt, sagt: „Es gibt immer noch ein verbreitetes Gefühl, man lebe in dem Staat, für den man Ende der achtziger Jahre auf die Straße gegangen ist.“ Deshalb gebe es praktisch keinerlei Protestkultur. Auch Brüggemann, der seit 14 Jahren in Estland lebt, will den Komfort der digitalisierten Verwaltung nicht missen. Obwohl er 1987 gegen die Volkszählung in der BRD auf die Straße gegangen war. „Es war dieses diffuse Gefühl, dass der Staat nicht so private Dinge wissen darf“, sagt er. Aber das sei einfach sehr lange her. „Heute genieße ich die Vorteile.“

So wie der Jungunternehmer Kotkas. Wenn er mit einem fahrerlosen Elektrobus oder im Uber-Taxi, dessen Fahrer mit seiner Überprüfungsmethode eingestellt wurden, durch das Viertel Telliskivi in sein Büro fährt, vorbei an den alten Sowjetfabriken, in die junge Esten Start-ups und Restaurants gebaut haben, dann denkt er, so könne es immer weitergehen. „Estland ist eine digitale Heimat für Gründer geworden“, sagt er stolz. Die bezahlbaren Mieten ziehen immer mehr ausländische Unternehmer an, die in Estland keine Körperschaftsteuer zahlen müssen. „Wenn wir Glück haben, werden wir noch beliebter bei den jungen IT-Leuten – sozusagen eine Hipster-Wirtschaft“, sagt der Ökonom Peeper Luikmel von der Bank von Estland. Sogar ohne je estnischen Boden zu betreten, kann man ein Unternehmen in Estland gründen. Über 20 000 Ausländer haben schon die sogenannte e-Staatsbürgerschaft beantragt. Der Kopf dieses Regierungsprogramms für digitale Auslandsbürger, Kaspar Korjus, ist überzeugt, dass es noch viele mehr werden. „Irgendwann werden die Grenzen zunehmend an Bedeutung verlieren“, schwärmt er. Dann gäbe es nur noch globale Bürger.



Vernetzt: Karel Kotkas (unten) mit seinem Kompagnon Foto Livia Gerster

## Der Demokraten-Donald-Deal

Die Republikaner schäumen: Trump hat sich im Etatstreit mit der Opposition verbündet. Doch noch ist unklar, wer zuletzt lacht / Von Andreas Ross

WASHINGTON, 7. September. Das grobkörnige Bild in vielen Zeitungen markiert eine Zäsur in Donald Trumps Präsidentschaft. Vom Garten des Weißen Hauses aus hatte der Fotograf sein Teleobjektiv am Mittwoch auf die Fenster des Oval Office gerichtet. So bannte er den Moment, als der Hausherr strahlend Chuck Schumer umarmte, den ranghöchsten Demokraten im Senat. „Wir hatten ein sehr gutes Treffen mit Nancy Pelosi (der demokratischen Fraktionschefin im Repräsentantenhaus, d. Red.) und Chuck Schumer“, berichtete der Präsident danach persönlich den Reportern, die ihn nach North Dakota begleiteten. Man hatte sich geeinigt, den großen Streit über Etat und Schuldengrenze auf Dezember zu vertagen. So kann der Kongress Hilfen für die Flutopfer in Texas und Louisiana bewilligen, ohne zunächst die Streite über Obamacare oder eine Grenzmauer beilegen zu müssen.

Dass auch die republikanischen Kongressführer Mitch McConnell und Paul Ryan im Oval Office dabei gewesen waren, erwähnte ihr Parteiführer gar nicht. Vielmehr bekräftigte Trump seine Hoffnung, dass der Kongress rasch eine Lösung für jene jungen Migranten finden werde, denen er tags zuvor den Abschiebeschutz gekündigt hatte. „Chuck und Nancy möchten, dass das etwas geschieht, und ich will das auch.“ Die Republikaner schäumen. Sie hatten nicht kommen sehen, dass Trump kurzerhand und ohne Abstriche den Vorschlag Schumers und Pelos

ben einen Deal geschlossen“, prahlte Trump ungerührt, „und ich glaube, dieser Deal wird sehr gut.“

Das hofft Schumer auch. Vor der Presse rühmte der Demokrat den Präsidenten für dessen Überparteilichkeit in Zeiten der Not. Doch in erster Linie ging es ihm nicht um die Flutopfer, sondern um seine Verhandlungsposition für eine ganze Palette von Themen. Da Trump nun schon kurz vor Weihnachten für eine Erhöhung der Schuldengrenze Stimmen von Demokraten braucht, können diese Bedingungen stellen. Dazu dürfte eine Amnestie

für die rund 800 000 „Dreamer“ unter den illegalen Einwanderern genauso gehören wie die finanzielle Stabilisierung von „Obamacare“, das Trump eigentlich „implosionieren“ lassen wollte. Der Präsident wiederum wird auf seiner Grenzmauer beharren, die auch unter Republikanern auf wenig Begeisterung stößt. In dieser Gemengelage dürfte sich McConnell und Ryan noch schwerer tun, alle republikanischen Vorstellungen einer Steuerreform unter einen Hut zu kriegen. In den kühnen Träumen der Linken würde das erste Jahr des republikanischen Triumvirats



Taktiker: Trump am Mittwoch mit McConnell, Schumer und Pelosi

Foto Reuters

Trump-McConnell-Ryan also nicht mit der Abschaffung des unter Obama eingeführten Systems zur Gesundheitsversicherung enden, sondern mit dessen Stärkung; nicht mit Steuersenkungen für Reiche und Konzerne, sondern mit der ersten gesetzlichen Legalisierung von Migranten in Jahrzehnten. „Das wäre auch unter einer Präsidentin Hillary Clinton als gute Jahresbilanz durchgegangen“, spottete die „Washington Post“ am Donnerstag.

Mit einer ähnlichen Taktik hatten sich die Demokraten schon in vergangenen Jahren gegen die Mehrheit durchgesetzt. Immer wieder sahen fiskalkonservative Republikaner wütend zu, wie sich ihre Fraktionschefs zu vorweihnachtlichen Kompromissen gezwungen sahen, die keinen nennenswerten Etatkürzungen vorsahen. Bisher allerdings war das unter einem demokratischen Präsidenten geschehen. Umso bitterer empfinden es viele Republikaner, dass sich Trump auf das Spiel einlässt. Ob er das wirklich tut, bleibt allerdings offen. Die Demokraten könnten sich zu früh freuen. Denn hinter Trumps Manöver steckt keine Rückbesinnung auf die demokratische Ideologie, welcher der Unternehmer früher anhing. Vielmehr nutzt der Präsident Schumer und Pelosi als Druckmittel, um die Republikaner auf Linie zu bringen. Vergeblich hatte er mit Drohungen versucht, die Fraktionen zusammenzuschweißen. Jetzt führt Trump den Konservativen vor, dass er auch Deals über ihre Köpfe hinweg machen kann.

Etwas ziellos fiel deshalb die Aufregung an Trumps Basis aus. Die Website Breitbart News von Trumps unlängst entlassenen Chefstrategen Steve Bannon zeigte die Fotos aus dem Oval Office unter der Überschrift: „Dürfen wir vorstellen: Der Sumpf“. Die Umarmung des Präsidenten mit dem Mann, der im Januar vor laufenden Kameras weinte, weil Trump vielen Muslimen die Einreise verweigert hatte, bringt dessen Anhänger zur Weißglut. Andererseits stehen Ryan und McConnell nicht höher in ihrer Gunst. Dass Trump diesen „Establishment“-Vertretern eine Ohrfeige verpasste, stärkt seinen Ruf als unabhängiger „Dealmaker“.

Auch Schumer kann sich nicht über alle Avancen des Präsidenten freuen. Zum ersten Mal seit dessen Amtsantritt hatte am Mittwoch ein demokratisches Kongressmitglied die Einladung angenommen, im Präsidentenflugzeug „Air Force One“ mitzufliegen. Während Trump vor Ölbarbiern in North Dakota für Steuersenkungen warb, rief er die Demokratinnen Heidi Heitkamp sogar auf die Bühne. Er gab sich zuversichtlich, dass die Senatorin aus North Dakota seine Pläne unterstützen werde. Heitkamp ist nur eines von ethischen Mitgliedern in Schumers Fraktion, die 2018 in Staaten wiedergewählt werden wollen, wo Trump bisher sehr beliebt bleibt. Nach seinem schadenfrohen Lobpreis der Überparteilichkeit könnte Schumer sich schwerer tun, die demokratischen Blockadefront zu verteidigen.